Infobrief Nr. 21/2019 vom 27.05.2019, 18. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Europawahl 2019

Die CDU Thüringen hat wieder einen Sitz im Europaparlament errungen

Dass CDU und SPD bei den Europawahlen auch in Thüringen Verluste einfahren würden, war abzusehen. Umso glücklicher bin ich, dass wir es trotzdem geschafft haben, unseren CDU-

Sitz – übrigens das einzige "echte" Thüringer Mandat – zu verteidigen. Ich gratuliere Marion Walsmann von Herzen und wünsche ihr viel Erfolg! Auf meine weitere Unterstützung kann sie bauen. Sehr zufrieden bin ich auch mit der Wahlbeteiligung: Haben sich vor fünf Jahren noch 51,6 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer zur Wahlurne aufgemacht, waren es gestern 61,6 Prozent. Das große Interesse der Bürger stärkt die Demokratie in Europa, den Spitzenkandidatenprozess und vor allem auch das Europäische Parlament! Bundesweit ist die CDU auf über 22 Prozent der Wählerstimmen gekommen und damit stärkste Kraft geworden. In Thüringen führen wir das Wahlergebnis mit knapp 25 Prozent an. Im EU-Parlament werden wir gemeinsam mit der CSU 29 Abgeordnete in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) stellen. Im Lichte dieser Ergebnisse gilt es nun, mit allen Kräften der Mitte über die Inhalte zu reden und zu versuchen, eine Mehrheit für Manfred Weber als Kommissionspräsidenten zu finden. Gegen uns kann im EU-Parlament keiner eine Mehrheit auf Basis demokratischer Parteien finden!

EU-Kommission hat Debatte über Mehrheitsbeschlüsse eröffnet

"Versuchen wir nicht, das Pferd von hinten aufzuzäumen!"

Die EU-Kommission strebt Mehrheitsentscheidungen in der europäischen Sozialpolitik an. Von dieser Idee rate ich dringend ab!

Viele Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik werden bereits durch das Europaparlament und mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat getroffen (für eine qualifizierte Mehrheit müssen mehr als 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung repräsentieren, einer Gesetzesinitiative zustimmen). Ausnahmen gelten für die Bereiche Nichtdiskriminierung, Sozialschutz (außer in grenzüberschreitenden Fällen), Kündigungsschutz, Vertretung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen durch Verbände oder Gewerkschaften sowie Beschäftigungsbedingungen für Arbeitnehmer aus Drittstaaten.

Die Europäische Kommission schlägt nun vor, in Fragen der Nichtdiskriminierung und des Sozialschutzes Mehr-

heitsentscheidungen im Rat einzuführen. Für diese Idee kann ich mich absolut nicht erwärmen! Sie stellt meines Erachtens einen massiven Eingriff in die Autonomie der EU-Staaten dar. Die EU-Verträge halten klar fest, dass die Zuständigkeit für die Prinzipien der sozialen Sicherheit bei den Mitgliedstaaten liegt.

Das kooperative Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, wie es in vielen Mitgliedstaaten besteht, muss geschützt bleiben! Tarifautonomie und Mitbestimmungsregeln sind vertrauensvoll gewachsene Strukturen, die nicht europäisch reguliert werden dürfen. Auch im Bereich der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes von Arbeitnehmern wären die Folgen eines EU-Mehrheitsprinzips drastisch: Es würde einer europäischen Arbeitslosen- und Rentenversicherung Tür und Tor öffnen. Für so etwas ist die EU jedoch noch lange nicht bereit. Versuchen wir also nicht, das Pferd von hinten aufzuzäumen!

Aus dem Europäischen Parlament

Starttermin für sicherere, aerodynamischere Führerhäuser vom Ministerrat bestätigt

Schwächere Verkehrsteilnehmer sind bald besser zu sehen

Lkw mit runderem Bug können schon bald auf Europas Straßen unterwegs sein.

Die 28 nationalen Verkehrsminister haben vergangene Woche beschlossen, den Starttermin für das sicherere und umweltfreundlichere Design von Lkw auf September 2020 vorzuziehen. Mit dem Beschluss werden die Vorschriften für die höchstzulässige Länge von Lkw geändert, sodass längere Fahrzeuge mit runderem Bug (aber gleichem Stauraum) schon früher als ursprünglich geplant erlaubt sein werden. Das freut mich als Verkehrspolitiker, dem vor allem die Sicherheit auf Europas Straßen am Herzen liegt, natürlich ganz besonders! Im Februar dieses Jahres hatten der rumänische Ratsvorsitz und das EU-Parlament bereits eine Einigung erzielt.

Die neue Generation von Führerhäusern wird sicherer,

kraftstoffeffizienter und bequemer für die Fahrer sein. Durch den längeren Bug werden tote Winkel im Gesichtsfeld des Fahrers verringert, sodass schwächere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer besser zu sehen sind. Gleichzeitig sinkt das Risiko von Schäden und Verletzungen, die andere Straßenverkehrsteilnehmer im Falle einer Kollision erleiden könnten. Nach Schätzungen der EU-Kommission können durch das neue Design jedes Jahr bis zu 500 Menschenleben gerettet werden, hauptsächlich unter Fußgängern und Radfahrer in städtischen Gebieten.

Der kleinere Luftwiderstand dürfte zudem den Spritverbrauch um bis zu zehn Prozent senken. Die zusätzlich erlaubte Länge soll nur die aerodynamischen Eigenschaften der Führerhäuser verbessern und darf nicht dazu genutzt werden, die Ladekapazität des Fahrzeugs zu erhöhen.

EU-Kommission hat jährlichen Handelsschutzbericht für 2018 veröffentlicht

Modernisierte EU-Handelsschutzinstrumente zeigen Wirkung

Nach einem aktuellen Bericht der EU-Kommission führten die Schutzmaßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken zu einem erheblichen Rückgang von Dumpingimporten und einer Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt. Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode wurden auf europäischer Ebene 95 Handelsschutzmaßnahmen eingeführt, dank derer in ganz Europa 320.000 direkt betroffene Arbeitsplätze gegen unlauteren Wettbewerb ausländischer Konkurrenz abgeschirmt werden. Ende 2018 waren in der EU 93 Antidumpingmaßnahmen und zwölf Antisubventionsmaßnahmen in Kraft. Bei

fast 44 Prozent von ihnen handelte es sich um Maßnahmen gegenüber den Einfuhren von Stahlerzeugnissen. Mehr als zwei Drittel aller geltenden Maßnahmen betreffen Importe aus China. Das gemeinsame Vorgehen der EU-Länder zeigt eine beträchtliche Wirkung: Die Zölle führten zu einem erheblichen Rückgang von Importen, die zu unfairen Preisen erfolgen – in einigen Fällen sogar um 99 Prozent. Zugleich werden sie in einer Höhe festgesetzt, die ausreicht, um die Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt wiederherzustellen, ohne die Verbraucher und die nachgelagerten Wirtschaftszweige übermäßig zu belasten.

Kennzeichnung von Energieeffizienz wird verständlicher: Ab März 2021 können EU-Verbraucher beim Kauf bestimmter Elektrogeräte im Laden oder im Internet den Energieverbrauch und andere Eigenschaften der Produkte anhand der neuen Effizienzklassen "A" bis "G" beurteilen. Die als verwirrend kritisierten bestehenden Unterkategorien mit einer unterschiedlichen Zahl von "+"-Zeichen hinter den Buchstaben werden abgeschafft. Auf der neuen Skala wird ein Gerät der heutigen Klasse A+++ beispielsweise in Klasse B eingestuft. Auf diese Weise soll wieder Raum für mehr Effizienz gegeben werden. Die EU-Kommission legte jetzt fest, wie die notwendigen Angaben dargestellt werden müssen. Betroffen von der Regelung sind zunächst Geschirrspül-, und Waschmaschinen, Wäschetrockner, Kühlschränke, Lampen, Fernsehgeräte und andere Monitore.



Aus meinem Wahlkreis

Ausstellungseröffnung "Wozu EU?" in der Gemeinschaftsschule "Am Roten Berg" in Erfurt

"Gemeinschaftsschule trägt ihren Titel, Europaschule' zurecht!"

Gemeinsam mit der künftigen Thüringer Abgeordneten für das EU-Parlament, Marion Walsmann, nutzte ich zwei Schulstunden, um nach der Eröffnung meiner Wander-Ausstellung "Wozu EU" mit den Schülerinnen und Schülern vom "Roten Berg" zu sprechen. Es war ein interessanter Meinungsaustausch über Alltags- und EU-Zukunftsthemen. Chancen für Jugendliche, im Ausland zu lernen und zu arbeiten, wurden genauso intensiv diskutiert wie das Drogenproblem vieler junger Menschen. In einem Vorgespräch stellte uns der Schulleiter, Herr Falko Stolp, die Schulentwicklung sowie viele Projekte der Schule vor. Ich war angenehm überrascht, wie vielfältig diese staatliche Einrichtung von den EU-Jugendförderprogrammen profitiert. Das Engagement vom Schulleiter bis zu den Lehrkräften, aber auch der Schülerinnen und Schüler kann sich sehen lassen! Die Gemeinschaftsschule "Am Roten Berg" trägt ihren Namenszusatz "Europaschule" zurecht! Gern unterstütze ich diese Schule bei ihrem Bemühen, den Titel zu verteidigen. Gratulation! Weiter so, ist mein Fazit! Für die Projekttage hat sich die Schule übrigens extra das Modell eines "EU-Personalausweises" zugelegt. Wer von den Schülern wollte, konnte sozusagen zu den ersten EU-Bürgern gehören, die auf diese Art ihre Identität zum Ausdruck bringen. Eine prima Idee, finde ich! Ich habe es mir natürlich auch nicht nehmen lassen, mich mit dem "Ausweis" ablichten zu lassen!





Gesprächsrunde im Goethegymnasium Weimar

Mit den Zehntklässlern des Weimarer Goethegymnasiums habe ich mich zu einer lockeren Gesprächsrunde getroffen. Wir haben darüber gesprochen, wie mein Alltag im Europäischen Parlament aussieht und wie ich die Tage verbringe, an denen ich im Wahlkreis für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger ansprechbar bin. Weitere Themen waren der Brexit und natürlich die Europawahl. An der diesjährigen Wahl durften die Schülerinnen und Schüler ja noch nicht teilnehmen, aber ich hoffe sehr, dass ich sie für die EU begeistern konnte – und dafür, dann in fünf Jahren ihr Recht an der Wahlurne wahrzunehmen.

Thüringer Energieeffizienzpreis 2019: Sie setzen als Thüringer Unternehmen erfolgreich auf Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien? Unter dem Motto "Mit Energieeffizienz doppelt gewinnen: Klima schützen und Thüringer Wirtschaft stärken" verleiht die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) mit Unterstützung des Umweltministeriums und der Thüringer Energie AG auch dieses Jahr die mit insgesamt 30.000 Euro dotierten Preise. Bewerbungen können bis 30. Juni eingereicht werden. Mehr Infos unter: https://bit.ly/2YuGgaf



Service und Termine

* Webinar zu europäischer Projektförderung

Ein guter Förderantrag steht und fällt mit der Auswahl der Projektpartner. Aber wo und wie finden KMUs, Städte, Investoren oder andere Antragsteller das richtige Konsortium für ihre Projektidee? Dieser Frage gehen die Vertreter der Nationalen Kontaktstelle Energie im Webinar "Von nationaler zu europäischer Projektförderung – Partnersuche auf dem europäischen Parkett" am 29. Mai nach. Informationen und Anmeldung unter: https://bit.ly/2YF38Ei

* COST unterstützt Netzwerkbildung in der Forschung

Das EU-Förderprogramm COST (European Cooperation in Science and Technology) unterstützt die Vernetzung von wissenschaftlichen und technologischen Forschungsaktivitäten in Europa. Dabei wird nicht die Forschung selbst, sondern die paneuropäische Netzwerkbildung zu einem innovativen Forschungsthema finanziert. Projektanträge können jederzeit eingereicht werden. Nächster Stichtag ist der 5. September. Infos unter: https://www.cost.dlr.de/

* Bundeswettbewerb "Bioenergie-Kommunen"

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat den 5. Bundeswettbewerb "Bioenergie-Kommunen" ausgelobt. Prämiert werden Dörfer und Städte, die ihren Energiebedarf maßgeblich durch erneuerbare Energien decken, beispielsweise durch regional erzeugte Biomasse. Vom BMEL werden dafür drei mit jeweils 10.000 Euro dotierte Preise vergeben. Die Preisgelder sollen für die Weiterentwicklung der Bioenergie-Kommunen zum Einsatz kommen. Bewerbungsschluss ist der 15. August. Mehr Infos unter:

http://www.bioenergie-kommunen.de/

★ 100 "startsocial"-Stipendien zu vergeben

Unter dem Motto "Hilfe für Helfer" schreibt "startsocial" den 16. bundesweiten Wettbewerb für ehrenamtliches Engagement aus. Bis zum 7. Juli können sich soziale In-

itiativen wieder für eines von 100 Beratungsstipendien bewerben. Mitmachen können alle, die soziale Probleme oder Herausforderungen mit Hilfe von Ehrenamtlichen anpacken. Erfahrene Fach- und Führungskräfte unterstützen die 100 Gewinner für vier Monate bei der Verwirklichung oder Weiterentwicklung ihrer Organisationen, Projekte und Ideen. 25 herausragende Initiativen werden am Ende des Stipendiums auf einer Preisverleihung in Berlin geehrt. Sieben von ihnen erwarten Geldpreise im Gesamtwert von 35.000 Euro, darunter ist auch ein Sonderpreis der Bundeskanzlerin. Erfahren Sie mehr unter: www.startsocial.de

★ Stipendien für internationalen Schüleraustausch

Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren können sich bis 15. November um eines von insgesamt zehn Teilstipendien für den internationalen Schüleraustausch des Arbeitskreises gemeinnütziger Jugendaustausch (AJA) bewerben. Die Ausreise für das Programmjahr 2020/2021 wird im Sommer 2020 erfolgen. Die Stipendien decken 50 Prozent des jeweiligen Programmpreises ab und müssen nicht zurückgezahlt werden. Mehr Informationen unter: https://aja-org.de/stipendien-aja/

★ Nationaler Radverkehrsplan: Ideen gesucht

Mit dem "Nationalen Radverkehrsplan" möchte der Bund das Fahrrad in Deutschland stärken. Konkret sieht die Förderung so aus: Radwege entlang von Bundesstraßen werden finanziert, Forschungsprojekte gefördert oder Kampagnen zur Verkehrssicherheit unterstützt. Bis 30. Juni sind alle Interessierten eingeladen, online ihre Meinungen und Ideen einzureichen, damit der Radverkehr in Deutschland besser wird. Die Rückmeldungen aus der Umfrage werden in die Entwicklung des neuen Nationalen Radverkehrsplans 2021 fließen, der die Grundlage für die Förderung des Radverkehrs durch den Bund ist. Hier geht's zur Beteiligung: https://bit.ly/2X1zsR7

Seite 4 von 4 Ausgabe 21 / 27.05.2019

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP Europabüro Frauenplan 8 99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07 Fax 03643 50 10 71 www.europaabgeordneter.eu info@europaabgeordneter.eu www.facebook.com/europaabgeordneter



